

Pressemitteilung



Radentscheid Kassel c/o Umwelthaus · Wilhelmsstr. 2 · 34117 Kassel

Kontakt für Rückfragen:

An Pressevertreter*innen

Anna Luisa Sümmermann

0176-23550591

LSuemmermann@gmx.de

Maik Bock

0176-80829036

maik.e.bock@gmx.de

Kassel, Freitag 22.02.2019

Radentscheid kritisiert Magistratsbeschluss: In Aussicht gestellte Haushaltsmittel reichen nicht aus, um den Radverkehr angemessen zu fördern. Stadtpolitik muss Worten nun Taten folgen lassen!

Kassel: Der Magistrat der Stadt hat nach Informationen der Initiative Radentscheid am 18.02.2019 beschlossen, eine Vorlage in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen, die den Stadtverordneten empfiehlt, das Bürgerbegehren "Radentscheid" für unzulässig zu erklären. Gleichzeitig unterbreitet die Stadt ein "Gegenangebot", das sich stark an dem Entwurf orientiert, der bereits am 25.01.2019 von Oberbürgermeister Geselle und Dezernent Stochla präsentiert wurde (vgl. [Pressemitteilung der Stadt Kassel](#) vom 25.01.2019).

Grundsätzlich begrüßt die Initiative das zunehmende Interesse der politischen Vertreter*innen am Thema Radverkehr und Mobilitätswende. Die Magistratsvorlage lehnt der Radentscheid jedoch ab. Es handelt sich dabei um eine Absichtserklärung ohne Substanz. Die in Aussicht gestellten zusätzlichen Eigenmittel im Haushalt in Höhe von 500.000 € jährlich ermöglichen nach Kostenschätzung der Stadt lediglich den Bau von etwa 160 Metern Radweg an Hauptverkehrsstraßen. Statt der von ihnen geforderten Mobilitätswende ist das, nach Auffassung der Kasseler Radfahrer*innen, lediglich ein "Tropfen auf den heißen Stein".

Für die Vertreter*innen des Radentscheids ist zudem nicht nachvollziehbar, warum die Magistratsvorlage bereits jetzt - während laufender Verhandlungen zwischen Stadt und Radentscheid - beschlossen wurde.

Die Gespräche zwischen der Initiative, Vertreter*innen des zuständigen Amtes sowie politischen Entscheidungsträger*innen stehen erst am Anfang.

Initiatorin **Anna Luisa Sümmermann** meint dazu: **"Wir fühlen uns von Oberbürgermeister Geselle und Dezernent Stochla überfahren!** Um Formulierungen zu erarbeiten, die für beide Seiten tragbar sind, führen wir momentan intensive Gespräche mit dem Straßenverkehrsamt. Währenddessen schaffen Geselle und Stochla - trotz unserer Bitte den Zeitdruck rauszunehmen - durch den Magistratsbeschluss Fakten. **Verhandlungen auf Augenhöhe sehen anders aus!**

Nach unserem Kenntnisstand ist die Magistratsvorlage nicht viel besser als der ursprüngliche Entwurf

der Stadt vom 25.01.2019. Die Verbesserungen für den Radverkehr bleiben gering. **Von einem 'Aufgreifen der Ziele des Radentscheids' kann faktisch keine Rede sein. Das ist sehr schade!**

Die Radaktivist*innen hätten die Verhandlungen mit der Stadt lieber in Ruhe fortgeführt und ggf. erfolgreich abgeschlossen, bevor die Vorlage in die politischen Gremien kommt. Aus ihrer Sicht gibt es keinen formalen Grund für diese Eile, auch wenn sie das Interesse der Stadtverordneten am Thema Radentscheid gut nachvollziehen können und natürlich begrüßen. Jetzt muss aus ihrer Perspektive die Magistratsvorlage deutlich nachgebessert werden, wenn die Stadtoberen ihre Zusage "hinter den Zielen des Radentscheids zu stehen" einhalten wollen.

Um den Stadtverordneten zu verdeutlichen, was sie an der Vorlage der Stadt kritisieren, haben die Organisator*innen des Radentscheids am vergangenen Freitag (15.02.2019) einen offenen Brief an alle Stadtverordneten verschickt. Sie kritisieren darin

1. die scheinbare Übernahme ihrer Ziele ohne jede Messbarkeit,
2. eine viel zu geringe Erhöhung der Eigenmittel im städtischen Haushalt für den Radverkehr im Umfang von lediglich 500.000 € jährlich und
3. eine ebenfalls zu geringe Schaffung von lediglich zwei neuen Stellen für die Radverkehrsplanung.

Für eine Mobilitätswende und mehr Sicherheit im Straßenverkehr braucht es die Bereitschaft, angemessen in den Radverkehr zu investieren. Die Bereitschaft, den Radverkehr zu fördern, muss vor allem durch eine deutliche Erhöhung des Etats sowie neue Stellen für Verkehrsplaner*innen zum Ausdruck kommen.

"Damit sich für die Radfahrer*innen in Kassel wirklich etwas verbessert, muss es bis zur entscheidenden StaVo-Sitzung wesentliche Verbesserungen an der Magistratsvorlage geben", sagt Initiator Maik Bock. "Verschiedene Fraktionen haben uns bereits mitgeteilt, dass sie hinter unseren Zielen stehen, darunter auch die SPD und die Grünen. Nun müssen sie beweisen, dass sie die dringend notwendige Förderung des Radverkehrs in Kassel wirklich ernst meinen, Geld in die Hand nehmen und den Bau von Radwegen voranbringen."

Oberbürgermeister Geselle erklärte öffentlich, die Stadt würde dieselben verkehrspolitischen Ziele verfolgen wie die Initiator*innen des Radentscheids. Dezernent Stochla sieht die Notwendigkeit, den innerstädtischen KFZ-Verkehr deutlich zu senken, wozu der Radverkehrsanteil durch Investitionen in diesem Bereich gesteigert werden müsse (vgl. Pressemitteilung der Stadt vom 25.01.2019). **Die Radaktivist*innen können entgegen dieser Ankündigungen von Herrn Geselle und Herrn Stochla in dem Magistratsbeschluss bislang keine überzeugenden Taten erkennen.**

"Knapp 22.000 Unterschriften für den Radentscheid sind ein deutlicher Beweis, dass in diesem Bereich signifikanter Handlungsbedarf besteht. Wir fordern deshalb weiterhin die Umsetzung unserer [acht Ziele](#). Übrigens bekommen wir von vielen Seiten die Rückmeldung, unsere Forderungen seien bodenständig und realistisch. Aus unserer Perspektive stellen sie bereits einen Kompromiss dar." sagt **Arndt Jacobi**, Aktivist des Kasseler Radentscheids.

Der Radentscheid wird dem Wunsch nach Umsetzung seiner Forderungen, für die im Sommer und Herbst 2018 knapp 22.000 Bürgerinnen unterschrieben haben, weiterhin aktiv Ausdruck verleihen, z.B. bei der Informationsveranstaltung des Magistrats „[Perspektiven für den Radverkehr in Kassel](#)“ am 01.03.2019 um 18 Uhr im Bürgersaal des Rathauses. Zur nächsten StaVo-Sitzung am 11.03.2018 sollen die

Stadtverordneten wieder mit lautem Fahrrad-Klingeln empfangen werden. Außerdem beteiligt sich die Initiative an einer Demonstration mit dem Motto "Verkehrswende jetzt!" am 23.03.2019 um 14 Uhr am Hauptbahnhof Kassel.

Sollten die Stadtverordneten der Empfehlung des Magistrats folgen und das Bürgerbegehren für unzulässig erklären, behält sich die Initiative vor, Rechtsmittel einzulegen. Der Radentscheid erachtet seine Forderungen nach wie vor für berechtigt und auch für rechtlich zulässig, schließlich wurden diese gründlich vorbereitet und vorab von einer Anwältin geprüft.

Erläuterungen zu den drei wesentlichen Kritikpunkten an der Magistratsvorlage:

1. Scheinbare Übernahme der Ziele des Radentscheids ohne konkrete Zahlen und Umsetzungsperspektive

Die Magistratsvorlage nennt acht Punkte, die den acht Zielen des Radentscheids bei oberflächlicher Betrachtung sehr ähnlich zu sein scheinen. Bei genauerer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass hier quasi nur Überschriften übernommen worden sind, ohne dass die relevanten quantitativen und qualitativen Inhalte berücksichtigt wurden. Alle Kilometerangaben und Zeitangaben fehlen. Anforderungen an die Ausgestaltung der Maßnahmen wurden weitestgehend gestrichen. Andere Zusagen werden mit Formulierungen wie „soweit möglich“, etc. relativiert. Im Ergebnis stehen in der Magistratsvorlage acht Punkte, deren Umsetzung sowohl im Umfang als auch in zeitlicher Perspektive nicht konkretisiert wird. **Es handelt sich um unspezifische und nicht messbare Ziele, die sich nur wenig von den bisherigen Planungen der Stadt unterscheiden. Auf diese Weise kann die aus unserer Sicht dringend notwendige Verbesserung der Radinfrastruktur und damit der gesamten Verkehrssituation in Kassel nicht gewährleistet werden.**

2. Zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 € / Jahr sind viel zu gering

Ab 2020 sollen zusätzlich mind. 500.000 € für Radverkehrsmaßnahmen im Haushaltsplan berücksichtigt werden. **Dieser Betrag ist in Anbetracht des Nachholbedarfs der Stadt Kassel im Bereich der Radinfrastruktur und der Kosten für Baumaßnahmen stark unterdimensioniert.** Laut Kostenschätzung des Straßenverkehrsamtes der Stadt Kassel kostet ein Meter Radweg (beidseitig) an einer Hauptverkehrsstraße ca. 3.125 €. **Mit 500.000 € könnten somit nur 160 Meter Radweg im Jahr errichtet werden.** Das ist lediglich ein "Tropfen auf den heißen Stein".

Mittels Fördergeldern wird angestrebt diesen Betrag auf 1,5 Mio. € zu erhöhen. Es ist jedoch nicht garantiert, dass sich Förderungen in diesem Umfang tatsächlich realisieren lassen, da die Fördermittel an unterschiedlich strikte Bedingungen geknüpft sind und für das Erarbeiten der Anträge Personalkapazitäten abseits des regulären Tagesgeschäfts bereitgestellt werden müssen. Es wird mit 66 % von einer hohen Förderquote ausgegangen, die wir für optimistisch erachten. Doch selbst wenn man von zusätzlichen Investitionen in Höhe von 1,5 Mio. € pro Jahr ausgeht, wäre unter Annahme der Kostensätze der Stadt Kassel lediglich der Bau von 480 Metern Radweg an einer Hauptverkehrsstraße möglich.

Solange die Radverkehrsinfrastruktur seitens der Stadt Kassel weiterhin nur als Nebenprodukt bei notwendigen Straßenbaumaßnahmen angesehen wird, kann die Schaffung von ausgebauten, durchgehenden Radrouten nicht gelingen. **An dieser Stelle sei angemerkt, dass die Gesamt-**

aufwendungen des Straßenverkehrs- und Tiefbauamtes im Haushalt 2019 bei knapp 50 Mio. € liegen. Um die Radinfrastruktur angemessen auszubauen, braucht es eine klare politische Entscheidung sowie eine deutliche Erhöhung des Etats für den Radverkehr!

3. Anzahl der neuen Stellen zu niedrig

In dem uns vorliegenden Entwurf der Magistratsvorlage steht, dass die Stadt beabsichtigt, 2019 eine zusätzliche Stelle für den Radverkehr und 2020 zwei weitere Stellen einzurichten. Die Stelle für 2019 ist allerdings bereits beschlossen und steht insofern nicht im Zusammenhang mit unserem Bürgerbegehren. Lässt man die bereits beschlossene zusätzliche Stelle für den Radverkehr außen vor, **gibt es eine Zusage über zwei zusätzliche Stellen ab 2020 für den Radverkehr. Aufgrund des Nachholbedarfs, den Kassel in diesem Bereich aufweist, sind zwei zusätzliche Stellen aus unserer Perspektive deutlich zu wenig!** Außerdem muss sichergestellt sein, dass es sich um eine reale Verbesserung handelt und die zusätzlichen Planer*innen tatsächlich primär für den Bereich Radverkehr eingesetzt werden.

Beispiel Darmstadt:

In Hessen gibt es Radentscheide auch in Darmstadt und Frankfurt. Die Stadt Darmstadt (155.000 Einwohner*innen und laut Statistischem Bundesamt die am höchsten verschuldete kreisfreie Stadt Deutschlands) hat im Sommer 2018 als Reaktion auf den dortigen Radentscheid ein „**Sonderprogramm Investition Radverkehr (4x4 Rad)**“ im Umfang von **zusätzlich insgesamt 16 Mio. € über vier Jahre** beschlossen. Mit dem gleichen Beschluss wurden 4 neue Vollzeitstellen für den Radverkehr geschaffen. **Ab dem Jahr 2020 werden somit allein aus dem Sonderprogramm der Stadt Darmstadt 25 € pro Jahr und Einwohner*innen für den Radverkehr investiert.** Verstärkt werden diese Mittel durch den bereits vorhandenen Etat sowie mögliche Fördermittel. Im Anschluss an das Programm ab 2024 sollen weiterhin mindestens 18 Euro als Eigenmittel investiert werden. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt setzt damit ein deutliches Zeichen, dass sie bereit ist, in den Ausbau des Radverkehrs zu investieren.

In Kassel sollen laut Aussage von Herrn Stochla in Zukunft jährlich insgesamt 4,5 Mio. € oder 22,50 € pro Einwohner*in in den Radverkehr investiert werden. Bei dieser Zahl handelt es sich allerdings - anders als in Darmstadt - nicht nur um Eigenmittel der Stadt. Es wird davon ausgegangen, dass in Kassel derzeit bereits ca. 3 Mio. € pro Jahr in den Radverkehr fließen (einschließlich Fördergeldern) und mit der vorgesehenen Erhöhung von 500.000 € Eigenmitteln plus den erwarteten 1 Mio. € Fördergeldern dann zukünftig ca. 4,5 Mio. € jährlich für den Radverkehr zur Verfügung stehen.

Aus unserer Sicht sind die von der Stadt genannten Ausgaben von aktuell ca. 3 Mio. € im Jahr für den Radverkehr ein recht optimistischer Schätzwert. Es liegt keine belastbare Kostenrechnung vor, aus welcher der Anteil der Ausgaben für den Radverkehr an einzelnen Straßenbauprojekten hervorgeht. Die Annahme von 1 Mio. € weiterer Fördergelder für Eigenmittel in Höhe von 500.000 € ist aus unserer Perspektive ebenfalls sehr optimistisch (s.o.).

Radentscheid Kassel

Homepage: www.radentscheid-kassel.de

Facebook: <https://www.facebook.com/RadentscheidKassel/>

Email: info@radentscheid-kassel.de

Für ein l(i)ebenswertes Kassel!